



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 636 890

P/XVII/86 - 18. April 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	<u>Quadratur des europäischen Kreises</u> Zwei - Drei - Sechs - oder Sieben? Von G. Markscheffel	
2 - 3	<u>Reif für das Begräbnis</u> Ein "Friedensvertragsentwurf" Oberländers Wer steckt dahinter ?	68
3	<u>Osterrärsche</u> Zwielichtige Demonstrationen	31
4	<u>Kord- und Ostsee: Kein Ölablagerungsplatz</u> Gute Kunde für Badegäste und Vogelfreunde	48
5	<u>Interessante Nachwahl in Griechenland</u> Eindeutiger Wahlsieg der Opposition in Saloniki Fälschungen bei Oktober-Wahl wurden nachgewiesen Von Dr. Basil Katiopoulos	46
6 - 7	<u>Zwiespältige ÖVP-Politik</u> Vorwahlgeplänkel in Österreich Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	67

* * * * *
* * * * *

Quadratur des europäischen Kreises:

Zwei - Drei - Sechs - oder Sieben?

Von G. Markscheffel

Für die deutsche Politik gilt immer noch das Wort, ein gutes deutsch-französisches Verhältnis sei die beste Grundlage für ein stabiles Europa. Unter diesem Motto hat Bonn jahrelang mit den zahlreichen französischen Regierungen jenes Werk der westeuropäischen Integration gefördert, das politisch und wirtschaftlich eine solide Basis auch für eine gemeinsame Verteidigung gegenüber einem möglichen Aggressor aus dem Osten bilden sollte. Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration der sechs EWG-Staaten Frankreich, Italien, Holland, Belgien, Luxemburg und Bundesrepublik sollte auch der Ausgangspunkt für die politische Union eines vereinigten Westeuropas sein.

Grossbritannien und die EWG

Das war die europäische Marschroute bis zu jenem Tage, da Staatspräsident de Gaulle sich weigerte, die französische Mittelmeerflotte dem NATO-Oberkommando zu unterstellen, die strategischen Bomber der französischen Luftwaffe ebenfalls in der NATO zu integrieren und statt der politischen Union Westeuropas ein "Europa der Vaterländer" visionär am Horizont europäischer Zukunftsträume erscheinen liess. Der Integrationsprozess geriet ins Stocken, und als Grossbritannien nach langem Zögern nun auch endlich seinen Wunsch bekundete, dem Europa der Sechs beizutreten, tauchte zunächst die Frage auf, ob diese Bereitschaft Londons sich nicht noch hemmender auswirken würde, als de Gaulles bekannte Vorbehalte.

Argumente - Gegenargumente

In Paris meinte man nunmehr, London spiele nur deshalb mit, um auf diese Weise den angelsächsischen Einfluss in Westeuropa zu sichern, während Brüssel und Amsterdam sofort erklärten, jeden weiteren Schritt zur Integration ohne London blockieren zu wollen. Zu Recht oder zu Unrecht befürchtete man in Brüssel und Amsterdam, de Gaulle wolle in Westeuropa die Führungsrolle übernehmen und erblickte das einzige Gegengewicht gegen diese Absicht in der sofortigen und vorbehaltlosen Einschaltung Grossbritanniens in alle weiteren europäischen Integrationspläne.

Adenauer - de Gaulle

Dadurch kam natürlich die Bundesrepublik, deren Kanzler Adenauer stets behauptet hat, er sei sich mit seinem Freund de Gaulle völlig einig, in arge Bedrängnis. Auch die italienische Regierung geriet in eine missliche Lage, denn bei aller Freundschaft zwischen Rom und Bonn ist man sich doch in Italien klar darüber, dass Westeuropa ohne Grossbritannien - mit seinen guten Beziehungen zu den USA - nur ein Torso bleiben

würde, dessen Kraft bei einer möglichen Zuspitzung der Ost-West-Spannung nicht ausreicht, um diese unbeschadet überstehen zu können.

Vor diesem Hintergrund muss man den gescheiterten Versuch der Aussenminister der EWG-Staaten bei ihrer letzten Zusammenkunft in Paris sehen, die Quadratur des europäischen Kreises zu finden.

Im Hintergrund: Gespräche USA - UdSSR

Es ist vielleicht auch nützlich, den Kreis der Betrachtungen über die ergebnislose Pariser Konferenz auf jenen Komplex auszudehnen, der sich in den neuerlichen Gesprächen zwischen den Sowjets und den Amerikanern über einen sogenannten modus vivendi in Europa abzeichnet. Staatspräsident de Gaulle hat seit Monaten erklärt, er halte nichts von den sowjetisch-amerikanischen Fühlungsnahmen zur Überwindung oder mindestens Lockerung der Spannungen in Europa. Er hat auch alle Ersuchen der Amerikaner zurückgewiesen, die Genfer Abrüstungsverhandlungen nicht durch den weiteren Ausbau der französischen Atomwaffe zu hemmen.

In London, Brüssel und Amsterdam, wo ohne Zweifel die amerikanischen Entspannungsversuche gebilligt werden, ist man über das Verhalten des französischen Staatspräsidenten nicht gerade erfreut. Wie man in Bonn darüber denkt, ist - wie so vieles andere - immer noch ungewiss. Auch hier gilt zunächst noch das Wort Adenauers: "Ich bin mit meinem Freund de Gaulle völlig einig".

Dass dem nicht so sein kann, ergibt sich jedoch aus der allen Gepflogenheiten bei "europäischen Zusammenkünften" widersprechenden Tatsache, dass man diesmal in Paris zum Abschluss der EWG-Aussenministerkonferenz kein Kommuniqué veröffentlicht hat, durch das der Welt mitgeteilt wurde, es bestünden keinerlei Meinungsverschiedenheiten. Das ist immerhin ein Fortschritt, der uns zwar noch nicht erlaubt, von der gefundenen Quadratur des europäischen Kreises zu sprechen, der aber immerhin die Möglichkeit bietet, die sehr verworrenen Pfade der Europapolitik etwas deutlicher auseinanderhalten zu können.

Wirtschaftliche Integration fortsetzen!

Unabhängig von den bisher gescheiterten Bemühungen, zu einer politischen Integration Westeuropas zu gelangen, muss die wirtschaftliche Integration - mindestens der sechs EWG-Staaten - fortgesetzt werden. Auch die beginnende Einschaltung Grossbritanniens in diesen komplizierten Prozess, sowie die Verhandlungen über die Assoziation der anderen sieben europäischen Staaten mit der EWG dürfen durch die jetzt entstandene Situation nicht gebremst werden. Vielleicht kann de Gaulle nach der ergebnislosen Liquidierung des Algerienkrieges mit mehr Gelassenheit als bisher an der europäischen Integration teilnehmen. Von vielen Kennern der französischen Politik wird diese Möglichkeit zwar bezweifelt und sogar das Gegenteil befürchtet, aber wenigstens an Bonn sollte es nicht scheitern, wenn ein "neuer de Gaulle" den Weg zu einem tatsächlich integrierten Europa suchen will.

Reif für das Begräbnis

Ein "Friedensvertragsentwurf" Oberländers

sp - Die Tatsache, dass mit der Ausarbeitung eines jetzt durch eine FDP-Meldung bekanntgewordenen deutschen Entwurfs zu einem "Friedensvertrag" aus dem für solche Aktivitäten zuständigen Regierungslager, vertreten durch eine CDU-gelenkte Frankfurter "Studiengesellschaft", die dort bewahrte und sich selbst ausschaltende Passivität zumindest durchbrochen worden ist, ist bemerkenswert. Spätestens seit dem 20. Januar 1959, an dem die Sowjetunion ihren "Friedensvertrags"-Entwurf vorgelegt hat, sah sich Bonn mit der Aufgabe konfrontiert, um einen eigenen deutschen Vorschlag bemüht zu sein. Die Stimmen der Mäher, insbesondere aus dem oppositionellen, aber auch aus dem seit Herbst 1961 koalitionsgebundenen FDP-Lager, in denen eine solche Vorbereitungs-Aktivität gefordert wurde, sind seither immer wieder laut geworden. Das Echo aus dem Regierungs- und CDU/CSU-Bereich war, dem leider allgemeinen Regierungsstil des amtlichen Bonn entsprechend, stets nur hinkaltend, ausweichend, passiv und jedenfalls inaktiv gewesen.

So geschehen ist also der Versuch aus diesem Regierungs- und CDU/CSU-Lager, sich eigene Gedanken über die mögliche Form und den möglichen Inhalt eines Friedensvertrages zu machen, wie gesagt bemerkenswert. Das ist aber nur die e i n e Seite des Vorganges. Die andere Seite ist zwar auch bemerkenswert, aber sie wiegt mit ihren zahlreichen Negativa das an sich Positive des Vorganges bei weitem auf, so dass ein eindeutiger Minus-Saldo übrigbleibt. Da ist zunächst der Name des an der Ausarbeitung des Entwurfs Hauptmitbeteiligten Prof. Dr. O b e r l ä n d e r, dessen Thesen vom "revolutionären Krieg" nach seiner Rehabilitierung durch den Bundeskanzler in einem erstaunlichen Maße das politische Weltbild zumindest gewisser Teile der Adenauer-Oberländer-Partei zu beeinflussen, vielleicht sogar schon zu bestimmen scheinen. Es ist hier nicht der Zeitpunkt, an dem man sich mit diesen Oberländer-Thesen im einzelnen auseinanderzusetzen hätte. Die Lektüre des Artikels des ehemaligen Bundesvertriebenenministers im "Stahlhelm", die Zurkenntnisnahme seiner zahlreichen Reden in der letzten Zeit und das Beschäftigen mit dem Inhalt des "Kommentars" zum "Friedensvertrags"-Entwurf der "Studiengesellschaft" geben aufmerksamen, politisch interessierten Staatsbürgern Gelegenheit genug zur Bekanntschaft mit dieser neuen Aktivität des Prof. Oberländer; sein Wirken seit der öffentlich-offiziellen Rehabilitierung durch den Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden lässt immerhin den naheliegenden Schluss zu, dass Adenauer diese Aktivität seines Oberländer zumindest kennt, wenn nicht sogar billigt.

Das war die Person. Zur Sache, also zu dem Entwurf selber, ist zu sagen, dass die in bestimmten Artikeln unverhüllt deutlich werdende Tendenz das ganze Unternehmen, nämlich einen deutschen Verhandlungs-Beitrag zu leisten, geradezu auf den Kopf stellt. Die dem Oberländer-Weltbild entsprechende "Ausweitung" des Vertrags-Zieles, also doch wohl einen Friedensvertrag mit Deutschland zustandezubringen und abzuschließen, in die Forderung nach einer Umformung der Situation in "Ost-Mittel-Europa" mag Gegenstand einer Diskussion in der Frankfurter "Studiengesellschaft für Staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit e.V." oder in ähnlichen Konventionen sein. Eine solche Forderung aber in einen Entwurf für einen deutschen Friedensvertrag einzubringen, einzubauen und sogar zu einer Junktion-Voraussetzung für bestimmte deutsche Anliegen zu machen, heisst, den

Entwurf von vornherein selber als Verhandlungsgrundlage auszuschalten, ihn für ein solches Anliegen zu entwerten und ihm den Anschein eines ganz bestimmten Auftrages zu geben.

Dabei kann der immerhin mögliche Einwand, dass man dem Propaganda-Instrument des Sowjet-Entwurfs ein ähnliches Propaganda-Instrument entgegengesetzen wollte, in keiner Weise als ernsthaftes Argument akzeptiert werden. Eine solche Position wäre und ist nicht unsere deutsche Position, die wir in allen Teilaspekten des deutschen Kardinalanliegens schon aus ureigensten deutschen Lebensinteressen vernünftig, klar, real und nüchtern denken und handeln müssen. Dieser deutschen Position entspricht aber dieser aus dem CDU/CSU-Lager stammende Entwurf zu einem "Staatsvertrag mit Deutschland" in weitesten Passagen ganz und gar nicht. Die Initiatoren, die sich intern auf die "Billigung höchster Kreise" berufen und von einer "Übereinstimmung mit den Intentionen der Regierung" sprechen, sollten diesen Entwurf begraben. Die hoffentlich gegen ihren Willen und gegen ihr Wissen angesprochenen Regierungskreise sollten über ihre Distanzierung von diesen Unternehmen keinen Zweifel lassen. Je schneller das geschieht, desto besser.

+ + +

"Ostermärsche"

sp - Wieder wird es, wie schon in früheren Jahren, zu "Ostermärschen" kommen, veranstaltet von im Zwielicht stehenden Organisationen. Mancher Gutgläubige, Idealist und Irregleitete mag daran teilnehmen in der Glauben damit der Sache der Abrüstung zu dienen und der bedrückenden Furcht vor einem Atomkrieg sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Doch die Furcht vor den Folgen des Wettrüstens im atomaren Zeitalter ist kein Monopol einiger weniger oder bestimmter Gruppen; sie wird von allen wissenden Menschen geteilt. Die deutsche Sozialdemokratie setzt sich für eine Abschaffung der atomaren Waffen als Endziel und die Einstellung der atomaren Versuchsexplosionen als Nahziel ein. Freilich gehört dazu der gute Wille der bestehenden Atomkräfte. Daran fehlt es.

Die Sowjetunion hat durch ihre im letzten Herbst verursachten Explosionen von Superbomben dem Wettrüsten einen neuen gefährlichen Auftrieb gegeben und sie hat auch bisher keine Absicht erkennen lassen, ein Abkommen zu treffen, daß die gleichwertige, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung sichert. Moskau ruft zwar zum Protest gegen die Atomwaffen auf, aber wehe dem, der es wagen würde, etwa vor den Toren des Kreml durch Sitzstreik einen entsprechenden Druck auf die sowjetische Regierung auszuüben - schnell wäre er in den Gefängnissen oder in den weiten Ebenen Sibiriens verschwunden. Die Ostermärsche, auch wenn es manche nicht wahrhaben wollen, sind Teil einer weltweiten und wohlorganisierten, die Schwächung der westlichen Welt erstrebenden Propaganda. Gültig bleibt was Erich Ollenhauer, der Vorsitzende der SPD schon im vergangenen Jahr dazu sagte:

- . "Ich denke nicht daran, den Kampf um die Abrüstung
- . abzuschwächen oder aufzugeben, weil die Kommunisten
- . auch Propaganda mit dem Begriff der Abrüstung treiben,
- . aber ich möchte sicherstellen, daß unser Kampf
- . für die Abrüstung nicht verwechselt und in einen
- . Topf geworfen wird mit dem, was die Kommunisten meinen,
- . wenn sie mit der Abrüstung spielen."

+ + +

Nord- und Ostsee: Kein Ölablagerungsplatz

sp - Das Ergebnis der von 55 Staaten getragenen internationalen "Konferenz zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl" kann vorbehaltlos begrüßt werden. Der Entschluss der meisten seefahrenden Nationen, ihre Handelsschiffahrt anzuweisen, künftig in Nord- und Ostsee, sowie in anderen Küstenmeeren und auch in weiten Zonen vor den Küsten des Atlantiks kein Öl mehr von Schiffen ins Meer zu lassen, wird nicht nur von Badegästen und Vogelfreunden begrüßt. Auch von politischer Seite ist das Ergebnis der wochenlangen Londoner Beratungen anerkannt worden, weil sich hier die früher schon bei den Abkommen über das Südpolgebiet und über die internationalen Fischereizonen eine Übereinstimmung der Mächte von West und Ost ergeben hat.

In London einigte man sich jetzt darauf, dass in der gesamten Ostsee wie auch in der Nordsee kein Öl und keine Ölrückstände mehr von den Schiffen ins Meer abgelassen werden dürfen. Die Sowjetunion hat schon in London erklärt, dass sie das neue Abkommen ratifizieren will, damit auch ein solches Verbot für das Schwarze Meer zur Anwendung kommt. Von den Staaten, die ein Abkommen ähnlicher Art, aber mit kleineren Verbotszonen im Jahre 1954 nicht unterzeichnet haben, wollen nunmehr auch Spanien, Portugal, Italien und Griechenland die schärfere Vereinbarung ratifizieren.

Die Londoner Vereinbarung der 55 Staaten sieht ferner vor, dass dort, wo am Atlantik bisher eine Verbotszone von 50 Meilen galt, künftig eine von 100 Meilen Breite vor der Küste angewendet wird. Das Verbot tritt sofort in Kraft, wenn der Anliegerstaat den Vertrag ratifiziert. Darüber hinaus gibt es für gewisse Bereiche vor Meerengen und weiten Buchten noch wesentlich breitere Verbotszonen.

Praktisch sämtliche Schiffsarten dürfen in diesen Gebieten künftig kein Öl mehr ins Meer ablassen. Innerhalb eines Jahres nach Beitritt der Ölpestkonvention müssen die Nationen ihre Schiffe mit besonderen Separatoren ausgerüstet haben, damit es für sie nicht einmal die Möglichkeit gibt, Ölrückstände ins offene Meer zu geben. Öl- und Reparatürhäfen sowie Verladebrücken sollen besondere Anlagen zur Aufnahme der Ölrückstände bekommen. Die Last der Ölrückstände soll bei den Kanalpassagen nicht als Fracht angerechnet werden.

Inzwischen haben schon 17 Staaten, die auch der ersten Ölpestkonvention beigetreten waren, der neuen Londoner Vereinbarung ihre Zustimmung gegeben, worunter sich auch die Bundesrepublik befindet. Es ist also damit zu rechnen, dass in den nächsten Jahren immer weniger Vögel in der Ölpest umkommen und immer mehr Strandbäder von den penetranten klebrigen Schwerköl-Fladen befreit werden.

Nur einige Tage nach Abschluss der Londoner Konferenz hat die dänische Regierung mitgeteilt, dass der deutsche Motortanker "Amrum" am 9. April vor der nordwestdänischen Nordseeküste Öl ins Meer abgelassen hat. Zahllose Seevögel sitzen schon in dem Ölstreifen hilflos fest. Die Ölpest weicht auf die dänische Badeküste an der Jammerbucht zu. In diesem Fall dürfte die neue Ölpestkonvention zum ersten Mal praktisch zur Anwendung kommen, wenn der Bericht der dänischen Regierung im Sommer Auswärtigenamt eingetroffen ist. Es wird den deutschen Behörden dann obliegen, sich mit der Tankreederei der "Amrum" in Hamburg auseinanderzusetzen.

Interessante Nachwahl in Griechenland

Eindeutiger Wahlsieg der Opposition in Saloniki

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Am 8. April strömten in vier Wahlkreisen der nordgriechischen Stadt Saloniki die Wähler erneut zur Wahlurne. Das zuständige Wahlgericht hatte festgestellt, dass die Parlamentswahlen vom 29. Oktober 1961 nicht ordnungsgemäss durchgeführt worden waren. Im Zusammenhang mit eben diesem Ergebnis der Parlamentswahlen vom Oktober lehnt die Zentrumsopposition die derzeitige Regierung Karamanlis ab und bestreitet deren Rechtmässigkeit. Aus diesem Grund enthielt sie sich auch jeder aktiven Vorbereitung der jetzt fälligen Nachwahl. Trotzdem wurde sie die eigentliche Wahlsiegerin!

Im Oktober hatte die ERE (Regierungspartei) 51,2 Prozent der abgegebenen Stimmen in den vier Wahlkreisen erringen können, die Zentrumsopposition 41,7 Prozent. Am 8. April erfolgte eine radikale Umkehrung des Verhältnisses. Die ERE erhielt nur noch 42,8 Prozent, der indirekte Kandidat der Opposition 57,2 Prozent. Er kandidierte als Unabhängiger, wurde aber von allen Oppositionsparteien unterstützt und schloss sich sofort der Zentrumsopposition an. Der Chef der Zentrumsopposition, Papandreu, erklärte zum Ergebnis der Nachwahl: "In Nordgriechenland wurde in aller Schärfe gefordert: Weg mit der illegalen Regierung! Das freie, das stolze und souveräne griechische Volk hat gesprochen. Nun ist die Stunde des Königs gekommen!"

Das Ergebnis der Nachwahl hat in seiner Klarheit kein Beispiel in der neueren Geschichte Griechenlands. Es ist eine unüberehbare Rechtfertigung des Kampfes zwischen Regierung und Opposition.

Was steht hinter dem effektiven Stimmverlust von 20 Prozent der ERE? Das Ergebnis ist die Quittung des Volkes für die von der Opposition behaupteten und bewiesenen Wahlfälschungen und Druckausübungen im Oktober 1961. Über 1000 Strafanzeigen wurden wegen unsauberer Wahlmanipulationen gegen Vertreter der Regierungspartei angestrengt; die bisher von der Justiz behandelten rund 100 Fälle haben die Berechtigung der Angriffe der Opposition erwiesen.

Über allen Auseinandersetzungen der Parteien und stürmischen Protesten der Bevölkerung erweist sich die Justiz in Griechenland als "letztes Bollwerk und Hort der Demokratie" (Makedonia). Die Spannungen in Griechenland finden auch in der internationalen Presse ein lebhaftes Echo. Die Londoner und New Yorker "Times" und "Le Monde" berichteten wiederholt über die wachsende Verbitterung und die sich zuspitzenden politischen Spannungen.

Wieder einmal scheint der einzig legale Ausweg die Durchführung von Neuwahlen auf der Grundlage uningeschränkter demokratischer Prinzipien zu sein. Ob der König sich zu dem entscheidenden Schritt entschliessen wird, bleibt abzuwarten. Eine Folge des Ergebnisses der Nachwahlen in Saloniki wird jedoch zweifellos sein: im Ausland nehmen die Auseinandersetzungen in Griechenland konkrete Formen an, ihre Hintergründe werden übersichtlicher und kein politischer Beobachter ist mehr auf die Interpretationsweise der Opposition angewiesen. Die Griechen selbst haben gesprochen!

Zwiespältige ÖVP-Politik

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Noch kann niemand in Österreich mit völliger Sicherheit sagen, ob die nächsten Parlamentswahlen bereits im Herbst oder erst im darauffolgenden Frühjahr stattfinden werden. Dennoch wirft schon jetzt der Wahlkampf seine Schatten voraus. Offizielle Erklärungen und Aktionen der Parteien stehen derzeit ganz unter dem Gesichtspunkt ihrer Wirkung auf den Wähler. So bemühen sich beispielsweise beide Regierungsparteien vehement um die erstmalig zur Stimmenabgabe berechnigte "junge Generation". Die SPÖ gibt dafür eine eigene illustrierte unter dem politisch unverfänglichen Titel "Der ideale Partner" heraus und organisiert überdies Unterhaltungsveranstaltungen für Jugendliche. Das Jahr 1962 wurde von der SPÖ zum "Jahr der jungen Generation" proklamiert.

Die ÖVP hat es bei all dem schwerer, weil sie politisch dem Grossbesitzbürgertum verpflichtet ist, andererseits aber vor der Masse ihrer eigenen Wähler gerade diese einseitige Politik vertuschen muss. Diese zwiespältige Politik und die auf Täuschung abgestellte ÖVP-Propaganda wirken sich als zusätzliches Spannungselement in der an sich innerlich sehr uneinigen Partei aus.

Um die Sozialisten - den Regierungspartner und zugleich Hauptgegner der ÖVP - zu treffen, wurde in einer Spitzenfunktionärstagung der ÖVP auf dem Semmering, 90 Kilometer südlich von Wien, beschlossen, den Kommunisten bei der Rückkehr ins Parlament behilflich zu sein. Die KPÖ verspricht sich nicht allein durch diese Schützenhilfe Erfolg, sondern sie rechnet vor allem mit einer Mißstimmung in der Bevölkerung über die kürzlich vom Parlament eingeführte Ministerpension.

Angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen den beiden gleichstarken Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ ist die Beschlussfassung einiger vordringlich gewordener Gesetze in Frage gestellt. Dazu gehören beispielsweise das neue Schulgesetz (das übrigens auch noch vom Abschluss eines Konkordats mit dem Heiligen Stuhl abhängt), das neue Pressegesetz, das ERP-Gesetz über die Verwendung von Geldern aus der seinerzeitigen Marshall-Plan-Hilfe, das Kartellgesetz, die Strafrechtsreform, eine weitere Verbesserung der Pensionsversicherung, das Sparförderungsgesetz und die "kleine" Steuerreform.

Die Sozialisten und die Gewerkschafter verlangen beispielsweise eine Herabsetzung der steuerlichen Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Einführung eines zusätzlichen Steuerfreibetrages. Über diese Frage ist es im Herbst 1961 zu einem Koalitionskrach und zum spektakulären Rücktritt des Gewerkschaftsbundpräsidenten Franz Olah aus seinen Funktionen im Parlament und Koalitionsausschuss gekommen. Die ÖVP wollte sich diese Steuersache als Wahlchlagier für 1962 aufheben. Die SPÖ verlangt nach wie vor einen zusätzlichen Steuerfreibetrag, wodurch die unerträglich gewordene Lohnsteuerprogression gemildert werden soll. Die ÖVP hingegen will nun unter der Begründung, die Lohn- und Gehaltsabrechnungen zu vereinfachen, einen steuerfreien Pauschalbetrag einführen, der alle schon jetzt durch Gesetz steuerfrei gestellten Abgaben (wie die Sozialversicherungsbeiträge und dergleichen) enthält. Ein solches Pferdefuss-Pauschale würde durch jede Änderung der Sozialversicherungsbeiträge, vor allem aber durch Lohn- und Gehaltserhöhungen immer mehr an Bedeutung verlieren, je mehr sich nämlich die ohnehin steuerfreien Lohnbestandteile der jetzt festzulegenden Gesamtpauschale nähern würden.

Auf der einen Seite will man also auf diese Weise die arbeitenden Menschen täuschen. Auf der anderen Seite hat der ÖVP-Parteichefmann Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach in seiner letzten Rundfunkansprache erklärt, die ÖVP werde einer höheren Besteuerung der allerhöchsten Einkommen in Österreich ihre Zustimmung verweigern. Gegenwärtig beträgt der höchste Steuersatz in Österreich nur 50 Prozent. Von einem gewissen Einkommen an gibt es überhaupt keine Steuerprogression mehr. Die ÖVP stellt sich mit der Gorbach-Erklärung schützend vor die Millionäre. Gleichzeitig hat der ÖVP-Finanzminister Dr. Josef Klaus angekündigt, für Familien mit mehreren Kindern, die bei der Steuersenkung wenig Vorteile hätten (weil sie ohnehin wenig Steuern zahlen), kämen sonstige Erleichterungen - wie sie die Sozialisten etwa in Form einer Erhöhung der Kinderbeihilfen fordern, frühestens im Jahre 1963 in Frage. Grosszügig bei den Millionären, hartherzig bei den auch heute noch schwer um ihre Existenz ringenden kinderreichen Familien - das ist die Politik der "Volkspartei", ungeachtet der Tatsache, dass in absehbarer Zeit Neuwahlen stattfinden werden! Wie wird es dann erst nach den Wahlen sein?